

KVB-VV für Freiberuflichkeit und Therapiefreiheit

München, 25. März 2014: Gegen Eingriffe in die Freiberuflichkeit der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten und für Diagnosehoheit und Therapiefreiheit hat sich die Vertreterversammlung (VV) der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) am 22. März 2014 ausgesprochen. Angesichts der aktuellen Debatte über Vier-Wochen-Fristen bei Facharztterminen warnten die Mitglieder der VV vor der zunehmenden Einmischung von Politik und Krankenkassen in die ambulante Versorgung. So sei es unredlich, einerseits von angeblicher Überversorgung und daher aufzukaufenden Arztstühlen zu sprechen, andererseits aber trotz übervoller Wartezimmer eine noch schnellere Terminvergabe zu fordern. Nur ein Ende der Budgetierung im Gesundheitswesen könne aus Sicht der VV die Probleme hinsichtlich des Ärztemangels und der Wartezeiten lösen. Dies sei Aufgabe der Politik, denn, so die VV-Vorsitzende Dr. Petra Reis-Berkowicz: „Die Praxen niedergelassener Ärzte sind Standortfaktoren: Sie sind Arbeitgeber und tragen erheblich zur Lebensqualität der Menschen in einer Region bei.“

Dass dies auch die Bundespolitik erkannt habe, zeige, so der KVB-Vorstandsvorsitzende Dr. Wolfgang Krombholz, unter anderem das für die zweite Jahreshälfte 2014 geplante Versorgungsgesetz gegen Ärztemangel. Gleichzeitig stellte Krombholz klar: „Wir können unseren Beruf nicht abhängig machen von staatlichen Subventionen. Die ärztliche Tätigkeit muss vielmehr so angemessen honoriert werden, dass sie nicht von einer punktuellen Alimentierung durch die Politik abhängig ist.“ Hier wolle man sich unter anderem im Rahmen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) weiter inhaltlich einbringen. Um dabei als Gesprächspartner ernst genommen zu werden, sei allerdings eine Parität der Versorgungsebenen unter dem Dach der KBV unerlässlich, so Krombholz. Mit Blick auf die letzte KBV-Vertreterversammlung in der vergangenen Woche sowie auf die Diskussionen in der KVB-Vertreterversammlung am 22. März sagte er: „Wir benötigen keine Treueschwüre und Lippenbekenntnisse, sondern wir Hausärzte wollen endlich Taten sehen und unsere Belange eigenverantwortlich in die Hände nehmen.“ Zudem warb er für den neuen Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) im hausärztlichen Bereich. Dieser war zum 1. Oktober 2013 in Kraft getreten und hatte unter anderem eine Unterbewertung der ärztlichen Leistungen zur Betreuung von chronisch kranken Patienten offenbart. Insgesamt habe man mit den Krankenkassen für 2014 in Bayern ein Gesamthonorarplus von über drei Prozent vereinbaren können – unter anderem auch für neue förderungswürdige Leistungen wie zum Beispiel die Erstdiagnostik bei Diabetikern. Zudem konnte eine deutliche Erhöhung der Wegegpauschalen für Hausbesuche im Ärztlichen Bereitschaftsdienst erzielt werden, so dass die realen Fahrtkosten nun ansatzweise gedeckt seien.

Der erste stellvertretende KVB-Vorstandsvorsitzende Dr. Pedro Schmelz ging auf die Ergebnisse der Honorarverhandlungen für den fachärztlichen Bereich ein. So sei vor allem die fachärztliche Grundversorgung gestärkt worden. Zudem konnte Schmelz über Erfolge des neuen Honorarverteilungs-

Pressestelle der KVB
Telefon: 0 89 / 5 70 93 - 2192
Fax: 0 89 / 5 70 93 - 2195
E-Mail: presse@kvb.de
Internet: www.kvb.de

KVB
Eisenheimerstraße 39
80687 München

maßstabs (HVM) für das Jahr 2013 berichten: Das neue System der Jahresfallwerte habe sich bewährt, man habe nahezu alle abgerechneten fachärztlichen Leistungen innerhalb der Obergrenze zu einhundert Prozent auszahlen können. Schmelz dankte in diesem Zusammenhang seinen Kolleginnen und Kollegen aus den Berufsverbänden, die die Weiterentwicklung des HVM aktiv begleitet hatten. Dass auch die Fachärzte in den Praxen mit dem neuen HVM zufrieden seien, zeige der deutliche Rückgang der Widersprüche gegen die Honorarbescheide. Während im ersten Quartal 2011 noch rund 7.800 Widersprüche gegen die Abrechnung bei der KVB zu verzeichnen waren, ist diese Zahl inzwischen auf 1.115 im dritten Quartal 2013 gesunken. „Auch dies ist ein Beleg für die Akzeptanz unserer Honorarverteilung. Trotz dieser sehr erfreulichen Ergebnisse verlieren wir jedoch nicht unser Ziel aus den Augen: Kalkulationssicherheit für die Praxen durch feste Preise für ärztliche Leistungen“, so Schmelz. Die Ärzte und Psychotherapeuten hätten eine solche Wertschätzung ihrer Arbeit auch verdient, weil sie „mit einem hohen Berufsethos und voller Kraft“ für ihre Patienten eintreten würden. Absolut kontraproduktiv seien dagegen die zunehmenden Eingriffe von Krankenkassen und Politik in die Gestaltung des Praxisbetriebs, erklärte Schmelz: „Unsere Kolleginnen und Kollegen sind sehr wohl in der Lage, ihre Praxiabläufe wie beispielsweise die Terminvergabe auch ohne Einmischung von außen verantwortungsvoll und patientenorientiert zu gestalten.“

Die zweite stellvertretende Vorstandsvorsitzende Dr. Ilka Enger sprach eingangs ihres Berichts über erste Erfolge bei der notwendigen Verbesserung der flächendeckenden Sicherstellung der psychotherapeutischen Versorgung in Bayern. So seien von den mehr als 250 freien Therapeutenstellen, die durch die neue Bedarfsplanung zum 1. Juli 2013 ausgewiesen worden waren, inzwischen mehr als 200 besetzt worden. Dennoch gäbe es weiteren Nachbesserungsbedarf, so Enger. Auch sie warnte vor zu weit gehenden Eingriffen von Politik und vor allem von Krankenkassen in die ärztliche und psychotherapeutische Berufsausübung: „Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht über der Gesundheit unserer Patienten stehen. Es ist unser Recht und unsere Pflicht als freiberuflich tätige Ärzte und Psychotherapeuten, nur das umzusetzen, was für unsere Patienten gut ist und was wir für die bestmögliche Therapie halten.“ Dabei stehe die Freiberuflichkeit keineswegs in einem Widerspruch zu einem familienfreundlich gestalteten Arbeitsumfeld in der ambulanten Versorgung. „Vorteile der Tätigkeit in eigener Praxis sind flexible Arbeitszeiten sowie die freie Gestaltung des Arbeitsalltags und des eigenen Arbeitsumfelds.“ Auch die Sicherheit von Patientendaten sieht Enger am besten in den Praxen freiberuflich tätiger Ärzte und Psychotherapeuten – und nicht in den Händen von „Konzernen und Medizinfabriken“ – gewährleistet. Abschließend appellierte Enger an die Mitglieder der KVB-Vertreterversammlung, sich für eine einheitliche Vertretung aller niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten einzusetzen. Als Vorstandsmitglied sehe sie sich keiner bestimmten Gruppe gegenüber verpflichtet, sondern der Gesamtheit aller Praxen – „ohne Rücksicht auf Zugehörigkeit zu Fachgruppen oder Berufsverbänden“.